



Innenausschuss

21. Sitzung (öffentlich)

12. September 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 15:05 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Iris Staubermann, Marion Schmieder (Federführung)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Antrag, die Tagesordnungspunkte 5 und 7 zu verbinden und als neuen Tagesordnungspunkt 2 nach vorne zu ziehen, wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen von CDU und Piraten angenommen.

Der Antrag, die Tagesordnungspunkte 13 und 14 zu verbinden und als neuen Tagesordnungspunkt 3 nach vorne zu ziehen, wird einstimmig angenommen.

Der Ausschuss beschließt auf Vorschlag der Piratenfraktion einvernehmlich, den Tagesordnungspunkt 9 abzusetzen.

Der Antrag der Piratenfraktion, den Tagesordnungspunkt 16 – Mögliche Überwachung der Parlamentskommunikation im Landtag NRW – gemeinsam mit dem neuen Tages-

ordnungspunkt 2 zu behandeln, wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP gegen die Stimmen der Piraten abgelehnt.

1 Gesetz zur Entpolitisierung der Polizei

10

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2336

Sachverständigengespräch

Die in der Tabelle aufgeführten Sachverständigen werden angehört.

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
Deutsche Hochschule der Polizei, Münster	Prof. Dr. Dieter Kugelmann (Leiter des Fachgebiets Öffentliches Recht, Schwerpunkt Polizeirecht)	16/967	11, 20, 31
Universität Augsburg,	Prof. Dr. Josef Franz Lindner (Lehrstuhl für Öffentliches Recht)		12, 22, 32
Gewerkschaft der Polizei Nordrhein-Westfalen	Karl-Heinz Kochs (Stellvertretender Vorsitzender der GdP NRW)		13, 23, 29
Deutsche Polizeigewerkschaft, Landesverband NRW	Frank Mitschker		15, 24, 30
Bund Deutscher Kriminalbeamter, Landesverband NRW	Kay Wegermann		16, 25, 30

2 Achtung! YES, WE SCAN. Bürger in NRW vor PRISM und anderen Überwachungsprogrammen schützen!

34

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3249

Beschlussfassung über die Durchführung eines Sachverständigengesprächs

In Verbindung mit:**Nordrhein-Westfälische Unternehmen vor staatlicher Wirtschaftsspionage durch Überwachungsprogramme wie PRISM und Tempora schützen!**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3434

Der Ausschuss beschließt einstimmig, am 21. November 2013 in der Zeit von 11:30 Uhr bis 13:00 Uhr ein Sachverständigengespräch zum Thema „Achtung! YES, WE SCAN. Bürger in NRW vor PRISM und anderen Überwachungsprogrammen schützen!“ durchzuführen.

Der Antrag der Piratenfraktion, heute abschließend über den Antrag Drucksache 16/3249 zu beraten und abzustimmen, wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion abgelehnt.

- 3 Polizeieinsatz beim Playoff-Spiel des FC Schalke 04 gegen PAOK Saloniki in Gelsenkirchen** (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; siehe Anlage 1)

53

Vorlage 16/1114

– Bericht der Landesregierung

In Verbindung mit:

Repressive Polizeistatistiken und Verbote – Welche Strategie verfolgt der Innenminister in der Fußball-Saison 2013/14? (TOP beantragt von der Fraktion der Piraten; siehe Anlage 2)

– Bericht der Landesregierung

– Diskussion –

- 4 Gesetz zur Änderung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes und weiterer Gesetze**

89

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3334

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Durchführung einer Anhörung am 7. November 2013, 10 Uhr.

Der Ausschuss verständigt sich auf ein Kontingent von jeweils zwei Sachverständigen je Fraktion.

5 Entwurf einer zweiten Verordnung zur Änderung der GefahrgutbeförderungszustVO 90

Vorlage 16/1034

Der Ausschuss nimmt den mit Vorlage 16/1034 eingereichten Verordnungsentwurf zur Kenntnis.

6 Polizei gehört auf die Straße und nicht hinter den Schreibtisch – Polizeivollzugsdienst durch Einstellung von „Polizeiverwaltungsassistenten“ von bürokratischer Tätigkeit entlasten! 91

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2899

– Beschlussfassung über die Durchführung eines Sachverständigengesprächs

Der Ausschuss beschließt die Durchführung eines Sachverständigengesprächs am 21. November 2013 in der Zeit von 10 Uhr bis 11:15 Uhr.

7 Sechstes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales 92

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3335
Zuschriften 16/335 und 16/357

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/3335, Zuschriften 16/335 und 16/357 wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die

Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion angenommen.

8 Whistleblowing – eine Form von Zivilcourage, die unterstützt und geschützt werden muss 94

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/ 3438

Der Ausschuss beschließt auf Antrag der Piratenfraktion die Durchführung einer Anhörung. Die Terminierung wird im nächsten Obleutegespräch erfolgen.

9 Realistische Erfassung von Sicherheitsproblemen – Reform der Datenerfassung und -auswertung der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS) 95

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3448

Auf Antrag der Piratenfraktion hat der Ausschuss die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes beschlossen.

10 Gewalt gegen Polizeibeamte ist kein Kavaliersdelikt – Mindeststrafe für Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte einführen! 96

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3442

Der Ausschuss beschließt auf Antrag der CDU-Fraktion die Durchführung eines Sachverständigengesprächs. Die Terminierung wird im nächsten Obleutegespräch erfolgen.

11 Arbeitsschutz effizient gestalten 97

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3446

Der Antrag Drucksache 16/3446 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

Das Votum wird dem federführenden Ausschuss mitgeteilt.

12 Aus- und Fortbildung der Polizei zum Thema Rechtsextremismus **98**
(TOP beantragt von der Fraktion der Grünen; siehe Anlage)

Vorlage 16/1098

– Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss beschließt, diesen Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu verschieben.

13 Derzeitige Situation in den nordrhein-westfälischen
Aufnahmeeinrichtungen und die weitere Planung der
Landesregierung (TOP beantragt von der Fraktion der Piraten; siehe Anlage) **99**

Vorlage 16/1101

– Bericht der Landesregierung

– Diskussion –

14 Mögliche Überwachung der Parlamentskommunikation im Landtag
NRW (TOP beantragt von der Fraktion der Piraten; siehe Anlage) **107**

Vorlage 16/1097

– Bericht der Landesregierung

– ohne Diskussion –

15 Salafisten rufen in Dortmund öffentlich zum Kampf auf (TOP
beantragt von der Fraktion der CDU; siehe Anlage) **108**

– Bericht der Landesregierung

16 Verschiedenes **111**

7 Sechstes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3335
Zuschriften 16/335 und 16/357

Vorsitzender Daniel Sieveke teilt mit, dass der Gesetzentwurf am 11. Juli 2013 ausschließlich an den Innenausschuss überwiesen worden sei. Da der Gesetzentwurf Befristungsregelungen betreffe, die zum 31. Dezember 2013 ausliefen, sei eine zügige Beratung wünschenswert. Wie dies zuvor schon beim 5. Änderungsgesetz der Fall gewesen sei, könnte der Ausschuss – sofern Einvernehmen bestehe – direkt abschließend beraten und abstimmen.

Dr. Robert Orth (FDP) erinnert an den Fahrplan, den sich der Ausschuss vorhin zum Korruptionsbekämpfungsgesetz gegeben habe. Er könne nicht nachvollziehen, warum jetzt das alte Korruptionsbekämpfungsgesetz bis 2014 verlängert werden solle. Es sei widersinnig, wenn sich das Parlament selbst einen Fahrplan verordne, zugleich aber feststelle, ihn nicht einhalten zu können. Daher bitte er darum, den Passus in Art. 1 des Gesetzentwurfs – Buchstabe b): Die Angabe „2013“ wird durch die Angabe „2014“ ersetzt – zu streichen, sonst könne die FDP dem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Thomas Stotko (SPD) findet dies nicht „widersinnig“. Das Jahresende sei schnell erreicht, und es könne immer etwas dazwischenkommen; das sei allen bewusst. Er halte es jedenfalls für unproblematisch, diese Verlängerung vorzunehmen. An dem Fahrplan werde ungeachtet dessen festgehalten; daran habe sich nichts geändert. Wenn die FDP dem nicht zustimmen wolle, sei das ihre Sache.

Dr. Robert Orth (FDP) hält es symptomatisch für die jetzige Mehrheit, dass immer wieder Gesetze verlängert würden, weil die Einhaltung der zeitlichen Vorgaben nicht geschafft werde. Zeitliche Befristungen könnten nicht einfach nach dem Motto „Wenn es nicht passt, dann machen wir es halt länger“ ignoriert werden. Eine zeitliche Befristung habe immer einen Sinn, und man sollte durchaus den Anspruch erheben, sich an einen vorgegebenen Fahrplan zu halten. Im Zusammenhang mit dem Verfassungsschutzgesetz sei das Ärgernis schon groß genug gewesen; diese Serie müsse nicht fortgesetzt werden.

Verena Schäffer (GRÜNE) geht davon aus, dass der derzeitige Fahrplan des Innenausschusses eingehalten werden könne. Es spreche aber auch nichts dagegen, das Gesetz um ein Jahr zu verlängern, um so einen zeitlichen Puffer zu haben, falls sich im Zuge der Anhörung die Notwendigkeit ergebe, noch Änderungen vorzunehmen.

Vorsitzender Daniel Sieveke weist darauf hin, dass das Problem der zeitlichen Dimensionen bereits Thema im Obleutegespräch gewesen sei. Am Jahresende erhöhe sich der Druck, bestimmte Vorhaben quasi durchzupeitschen. Würde nun die Verlängerung dieses Gesetzes Bestandteil des Gesetzentwurfs, dann hätte man sich auch bei anderen Gesetzentwürfen Zeit lassen können, um in Ruhe daran arbeiten zu können.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/3335, Zuschriften 16/335 und 16/357 wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion angenommen.